



Organisierte Ermordung von Zivilisten in der Ukraine?



Die Zahl der Toten Zivilisten in der Ukraine steigt von Tag zu Tag und immer mehr Hinweise werfen die Frage auf: Wird die Ermordung gezielt organisiert?? Bereits im Juni 2014 haben russische Ermittler ein Strafverfahren sowohl gegen den ukrainischen Innenminister Arsen Awakow als auch gegen den ukrainischen Oligarchen Igor Kolomojski eingeleitet...

Guten Abend verehrte Zuschauer!!

Die Zahl der Toten Zivilisten in der Ukraine steigt von Tag zu Tag und immer mehr Hinweise werfen die Frage auf: wird die Ermordung gezielt organisiert?? Bereits im Juni 2014 haben russische Ermittler ein Strafverfahren sowohl gegen den ukrainischen Innenminister Arsen Awakow als auch gegen den ukrainischen Oligarchen Igor Kolomojski eingeleitet. Innenminister Awakow sei als Chef der Nationalgarde verantwortlich für den Tod von Zivilisten, sagt Wladimir Markin aus, Sprecher des russischen Ermittlerkomitees. Milliardär Kolomojski finanziere mindestens sechs verschiedene rechtsradikale Todesschwadronen bzw. Bataillone mit ca. 3.000 Mitgliedern. Diese paramilitärischen Bataillone, die neben Kolomojski auch noch von Oligarch Rinat Achmetov und anderen Geldgebern finanziert werden, sind ganz offiziell dem ukrainischen Innenministerium unterstellt. Laut Augenzeugen und dem Bericht eines Sonderbataillon-Anführers kommen sie als Todesschwadronen zum Einsatz, nachdem die reguläre ukrainische Armee Wohnviertel mit Artillerie beschossen hat: Sie durchkämmen die Wohngebiete nach überlebenden Zivilisten und nehmen diese gefangen, misshandeln oder exekutieren sie sogar. Die Anschuldigungen gegen Kolomojski werden zudem durch die Aussage von Sergei Litvinov bestätigt, einem Zwangsrekrutierten seines Bataillons „Dnjepř“. Litvinov hat ausgesagt, der Oligarch hätte ihn für die Ermordung von Zivilisten bezahlt. Das erhärtet den Verdacht, dass eine organisierte Ermordung der ostukrainischen Bevölkerung betrieben wird. Vor allem wenn man in diesem Zusammenhang die Aussage von Ministerpräsident Jazenjuk im Blick hat, der sagte: „Wir müssen die Invasoren und die von ihnen finanzierten Untermenschen (er meint Menschen russischer Nationalität) auslöschen.“ Auch an dieser Stelle wird folgende Frage wieder laut: Warum wird von der EU nicht dagegen protestiert? Bleiben SIE nicht passiv, und schwimmen Sie nicht mit der großen Masse mit, sondern unternehmen Sie etwas, indem Sie Nachrichten wie diese weiterverbreiten und dem Schweigen der Massenmedien ein Ende bereiten! Nur wenn die Bevölkerung die andere Seite kennenlernt, kann sie entscheiden wem oder was sie Glauben schenken. Vielen Dank, für jede Ihrer Bemühungen! Auf Wiedersehen!

von uk.

Quellen:

http://www.ukrinform.ua/deu/news/moskauer_gericht_erlsst_haftbefehl_gegen_gouverneur_von_dnip_ropetrowsk_kolomojski_11786
<http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2014/10/kolomojski-und-die-massengraber-der.html>
<http://www.hintergrund.de/201408193201/politik/welt/unsere-aufgabe-ist-es-die-staedte-zu->

[saeubern.html](#)
http://de.wikipedia.org/wiki/Regiment_Asov

Das könnte Sie auch interessieren:

#Ukraine - www.kla.tv/Ukraine

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.